



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

127 (16.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-144159](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-144159)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahmen-Druckarbeiten 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Gleiseste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 127.

Donnerstag, 16. März 1911.

(Abendblatt.)

Der Berliner Professorenstreit im preussischen Abgeordnetenhaus.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

□ Berlin, 15. März.

Roch in vorgerückter Stunde hat heute das preussische Abgeordnetenhaus jener Berliner Professorenstreit beschäftigt, der infolge der Berufung des Prof. Bernhardt an die Friedrich-Wilhelm-Universität ausbrach und in seinem Verlaufe Formen annahm, die nicht nur das Ansehen der Berliner Universität, sondern das der Deutschen Wissenschaft überhaupt schwer schädigen konnten.

Wenn wir diesen Streit richtig verstehen wollen, so müssen wir feststellen, daß er in irgend welchen wissenschaftlichen Gegenständen seine Wurzeln nicht hat. Wenn die preussische Regierung so außerordentliches Interesse an der Berufung Bernhards nahm, so kommen für sie politische Gesichtspunkte in Betracht, die bei der Haltung Bernhards in der Rollenfrage ungeschwer zu erkennen sind. Daß sie die wissenschaftliche Forschung mit politischen Logesfragen verquickt, spricht schon im vornherein gegen die Regierung. Sie setzte sich weiter ins Unrecht, als sie auf ihr formelles Recht pochtend den Professor Bernhardt der Berliner Universität autorisierte. Diesem aus der Annahme eines solchen Rufes einen Vorwurf zu machen, geht schmerz an, um so weniger als Bernhardt nach Kenntnisnahme der in Berliner Universitätskreisen ausgebrochenen Erregung erklärte, daß er sein Lehramt nicht antreten würde, wenn ihm nicht die Fakultät zustimme. Hier beginnt aber gerade die größte und geradezu unerhörten Ungerechtigkeiten des preussischen Kultusministeriums. Dieses verheißte sich auf sein Recht, und machte Professor Bernhardt Vorkaufungen, daß er sich der Fakultät unterwerfen müsse. Bernhardt, der noch einen Wert auf ein einträgliches Zusammenleben mit seinen Kollegen legt, gibt zwar dem Ministerium nach, unterschreibt aber einen Betrug, der ihn verpflichtet, die von Schmoller, Wagner und Sering behaltene Verteilung der Hauptkollegs anzuerkennen. Trotz dieser Bindung kündigt Bernhardt im letzten Winter Vorlesungen an. Darüber entzündet jener genugsam bekannte Streit. Bernhardt, den das Kultusministerium unterstützt und beeinflusst, macht Fehler auf Fehler, akzeptiert ein aus Professoren bestehendes Schiedsgericht, um es andern Tages auf Vorhaltungen aus dem Ministerium abzulehnen, scheidet an Sering eine Forderung und inspiriert auch dann noch, als die Fünfer-Kommission zu Weihnachten glücklich eine Einigung zustande gebracht hat, einen Prehärenkel, der voll ist von Beleidigungen gegen seine Kollegen. So entschloß sich der Streit aufs neue, und die philosophische Fakultät verlangte sogar in einer Eingabe an das Kultusministerium die Abberufung Bernhards. Jeder andere hätte wohl von sich aus die Konsequenzen gezogen, Bernhardt aber bleibt, weil ihn das Ministerium hält, das die Sache Bernhards zur eigenen macht und das in dem zuständigen, heute vielgenannten Geheimrat Eister, nicht gerade einen durchaus vorurteillosen Referenten hat. Ist doch heute festgestellt worden, daß von dieser Seite aus die Presse zugunsten Bernhards beeinflusst worden ist.

Die soll nun der Streit geschlichtet werden, nachdem die ganze Angelegenheit durch die Schuld Bernhards und vornehmlich des Kultusministeriums so heillos verfahren ist? Die heutige Diskussion im Abgeordnetenhaus, vor allem die Erklärungen des Kultusministers haben sicher die Lösung dieser Frage nicht gefördert. Der preussische Kultusminister von T o l l z u S o l z hat sich auch heute ganz auf die Seite Bernhards gestellt und gegen Schmoller, Wagner und Sering Vorwürfe erhoben, die auf dieser Seite die Mißstimmung nur noch steigern müssen. Sie hätten allzusehr ihre eigene Persönlichkeit in den Vordergrund gestellt und diejenige Rücksicht nicht voll genommen, die sie auf ihre Kollegen und auf das Ansehen der Universitäten nehmen mußten. Mag auch grano salsa richtig sein, aber hat vielleicht das Kultusministerium diese Rücksicht gegenüber der Fakultät geübt? An der Prehärenkel will das Kultusministerium unbeteiligt sein, der Kultusminister mußte aber heute gleichwohl zugeben, daß die Presse ihre Informationen (natürlich für Bernhardt und gegen die Anderen) aus dem Kultusministerium erhalten hat. Der Kultusminister mußte auch weiter zugeben, daß er Bernhardt bei allen seinen Schritten unterstützte, ja sogar dazu berathen hat. „Sehr falscherweise“ habe sich Bernhardt wiederholt der Fakultät unterworfen. Was will das anders heißen, als daß eben das Ministerium doch den Konflikt mit der Fakultät wollte, den es heute durch Herrn von Troltz zu Solz ablenkte? Der Kultusminister sieht sich in einer Sackgasse, aber heraus will er auch nicht; denn er erklärt, daß er dem Verlangen nach Abberufung Bernhards nicht stattgeben könne. Gewiß, Herr Bernhardt ist unabsehbar, aber mit gutem Willen würde sich eine Lösung doch finden lassen müssen.

Von nationalliberaler Seite wurde durch den Abg. L o h m a n n mit allem Nachdruck die Haltung Bernhards und des Kultusministeriums verurteilt. Lohmann verurteilte es vor allem, daß das Kultusministerium bei Behandlung des Streites die Fakultät immer aus dem Gesichtswinkel der unterstellten Behörde behandelt habe; er verurteilte weiterhin, daß das Ministerium die Unterwerfung Bernhards unter das Schiedsgericht verhinderte und daß es schließlich auch noch die Tätigkeit der Fünfer-Kommission heruntersetzte. Zu allem habe das Ministerium auch noch auf die Presse zugunsten Bernhards eingewirkt. Der nationalliberale Redner scheute sich auch nicht, die lebhafteste Parteinahme des Geheimrats Eister ins rechte Licht zu setzen, den ja vor allem die Schuld an der ganz außerordentlichen Verschärfung des Berliner Professorenstreites trifft. Sein Gesamturteil ging dahin, daß Professor Bernhardt unmöglich länger in einer Fakultät verbleiben kann, die ihn einmütig ablehnt.

Was aber wird der Erfolg der Debatte sein? Wir vermuten: nur eine weitere Verschärfung des Streites. Beide Parteien sind heute so schwer angegriffen worden, daß für sie vielleicht nur noch die Parole übrig bleibt: liegen oder brechen! Daß aber gerade das preussische Kultusministerium den Anlaß gibt, daß dieser Streit sich zu einem Skandal auswächst, das ist das Tiefstadium der Falschheit, der doch an sich schon deslogischwertig ist.

Deutschland, England, Frankreich.

Der Pariser „Temps“ hat unecht, mit G r e t s c h s letzter Rede unzufrieden zu sein, und sollte diese Zeitungsstimme etwa das Echo von Ansichten weiterer Kreise unter den Politikern Frankreichs sein, so glauben wir, daß sich auch diese auf folgendem Wege befinden. Niemand in Frankreich wird heute noch behaupten wollen, daß gute, klare, nicht mißzuverstehende Beziehungen zu Deutschland nicht für Frankreich selbst von größtem Werte wären. Die Zeiten, da man in Frankreich wähnte, aus einer abschließlichen Schürung des Gegensatzes zu Deutschland eine bessere internationale Position erringen zu können, liegen schon eine geraume Weile hinter uns. Der deutschfeindliche Ring, in den auch Italien hätte eingefügt werden sollen, hat sich als unhaltbar erwiesen. Nun hat Sir Edward Grey in voller Erkenntnis dieser Tatsache eine Rede gehalten, die in Deutschland gebührendermaßen eine freundliche Aufnahme gefunden hat. Eröffnet sie doch die Aussicht auf eine ruhige, sachliche Unterhaltung zwischen England und Deutschland (mit Einschluß der Türkei) über ein großes Kulturwerk in der asiatischen Türkei, das bisher von englischer Seite mit äußerster Mißgunst betrachtet wurde. Es ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt in der Festigung der europäischen Staatengemeinschaft, daß England und Deutschland sich zu einer hoffnungreichen Auseinandersetzung in einer bestimmten, sie beide interessierenden Frage anschicken. Nimmt man nun an, daß die allerdings noch in den ersten Anfängen stehende, aber deshalb nicht minder warm zu begrüßende Schwelung der englischen Politik mit Verursachung wurde durch die russisch-deutsche Begegnung von Potsdam, daß Potsdam mildernd eingewirkt hat auf die englische Stimmung, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht allmählich auf dem Umwege über England auch die französisch-englischen Gegensätze gelöst werden sollten. Von Potsdam über Petersburg nach London und Paris — wir glauben, das könnte jedem recht sein, der fähig ist, sich für den Gedanken eines einigen Europas zu erwärmen. Daß hierbei zufällig Deutschland die Führerrolle übernimmt, soll nur deshalb eigens festgestellt werden, weil man außerhalb Deutschlands gar so oft bestritt hat, Deutschland als den europäischen Stützpunkt hinzustellen. Schwünge diese Anschauung, dann wird sich der „Temps“ gewiß nicht mehr darüber zu beklagen haben, daß so viele Angelegenheiten ohne die Beratungen von England und Frankreich, ja sogar gegen sie geregelt worden sind.

*

Rom, 15. März. Sir Grens Rede wird hier laut der „Post. Ztg.“ als ein hervorragend günstiges Zeichen für die guten Aussichten des europäischen Friedens angesehen. Die melancholischen Betrachtungen französischer Blätter gelten als grundlos. Der „Popolo Romano“ sagt: „Auch ohne den vollständigen Text der Grenschen Rede zu kennen, darf man überzeugt sein, daß sie überall lebhafteste Genugtuung erwecken wird, wo die internationale Politik von der gleichen hohen Auffassung der Billigkeit und Friedfertigkeit beherrscht wird.“

Seuilleton.

Karl Gutzkow.

Zu seinem 100. Geburtstag: 17. März.
Von Dr. Arthur Grote.

Es gibt wenige Männer in der deutschen Literaturgeschichte, die so lange Zeit einer völlig unerbittlichen und dennoch so widerspruchsvollen Geringschätzung verfallen gewesen sind, wie Karl Gutzkow. Erst in der allerletzten Zeit hat man angefangen, sich mit seiner Persönlichkeit und seiner Leistung von Grund aus neu zu beschäftigen, und hat demüßigt, ein von Voreingenommenheit freies, ein reineres Urteil über ihn zu fällen, als es der ihm persönlich Eindrücke befangenen Generation des geistlichen Dichters und nach der ihnen zunächst folgenreichen Generation möglich war. „So wie einer von ihnen geschiedene Größe besitzen, nach leidenschaftlich durchdringender Jugend als Mann klar und geistig die Aufgabe ihres Lebens zu erfüllen und nun der Höhe des Alters mit mochtlicher Ruhe das Treiben des Lebens zu betrachten. Je älter er wurde, um so heftiger, um so lauter wurde dieser niemals in sich beruhigte, niemals in dem sich erfüllenden Dasein aufgehende Mensch. Ein ganzes Leben lang hat er, eine Kampferinnin von leidenschaftlichem Geist, um die höchsten Grundlagen seiner Existenz, wie um seine literarische Stellung ringen müssen. Seine draufgängerische Rücksichtslosigkeit hat ihm zahllose Widersacher geschaffen, aus guten Freunden waren rasche Feinde geworden, und auch die ihn nicht kennenden, tiefen sich der Schwere seines öffentlichen Auftretens. In dem Bemühen, der Nation im Laufe eines tüchtigen Lebens durch seine publizistische Tätigkeit großen Nutzen zu leisten und ihr bedenkliche Werke

gelehrt zu haben, hätte er sich im Alter unterworfen und verkannt, sich argwöhnisch in jeder Kritik, auch der ruhigsten, einen verächtlichen Angriff und in jeder sachlichen Gegenwart persönliche Beleidigung, die er mit noch schärferer Heftigkeit erwidern zu müssen glaubte. Dies alles kam zusammen, ihn im Gedächtnis der Welt als den ungeschicktesten, sorglosen und nichtausdauernden Kritiker einer Zeit und seiner Zeitgenossen anzusehen zu lassen; und auch wir, beehrt, seiner Persönlichkeit die höchste Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wollen nicht diese unbilligen, schroffen Seiten seines Wesens wolglauben, verneinen aber doch, indem wir Verstand und Erwählung des Mannes mit freiem Blick zu erfassen suchen, sie als Schatten, wenn auch nicht in einem strengen Licht, so doch in dem hell-dunklen Widerschein einer menschlich-anthropologischen Persönlichkeit zu erklären.

Schon seine Jugend verbrachte Karl Gutzkow unter Verhältnissen, die in ihm zwar nicht das Gefühl der „Herrschenszeit“, doch damals so modern war, weckten, jedoch zum ersten Male in ihm jenen inneren Zwiespalt, jene Unklarheit und Zweifelhaftigkeit aufkommen ließen, die den von glühendem Tätigkeitsdrang beherrschten Mannes zeitweilig im Umgang mit den Menschen wie in seiner literarischen Arbeit hemmen und lähmen sollte. Er war am 17. März 1811 in Berlin als Sohn eines ehemaligen Maurers zur Welt gekommen, der, von Maria nach Berlin eingewandert, nach einem in seinem Handwerk erlittenen Unfall in den Hofdienst getreten war und damals eine Stellung als erster Bedienter des Prinzen Wilhelm, des dritten Sohnes Königs Friedrich Wilhelms II., innehatte. Seine Dienstwohnung hatte der Vater in ein paar der hinteren Räume des alten Akademiegebäudes unter den Linden, dessen laborinhaltslose Unübersichtlichkeit Gutzkow selbst in seinen lebendigen Erinnerungen „Aus der Anbengzeit“ geschildert hat. Aus dieser ärmlichen Wohnung führte den gemachten Knaben, dessen Phantasie früh durch des Vaters Redegeschwänge in die Welt gerichtet war und der schon damals, wenn er, aus dem Verwirbel des Gedächtnisempfindes hinaustrat, die „Linden“ vor sich hingeblickt sah, eine unendliche, namenlose Sehnsucht nach Licht, nach Freiheit, irgend einer tüchtigen Bemühung im großen Ganzen in sich fühlte, ein Schulmensch manchmal hinweg in das demagogische vornehme Haus seines reichen Vaters, und hier sah der Knabe, an dürftige Verhältnisse, mühsamen Erwerb und unersichtlichen Jan-

bildungloser, beschränkter Menschen gewöhnt, zum ersten Mal Dürftigkeit und belagerte Hölle des Lebens, Freiheit des Bandels und Beschreibung der Luft am Vornen. Mehrere Jahre diente der Bedienter in überflüssigen Stunden und Tagen an diesem herrlichen Leben teilzunehmen. In dem Verkehr mit den vornehmen Lebenskreisen erweichte er aber den Verhältnissen seines Vaterhauses, und von der Sehnsucht ergriffen, höher hinaufzukommen und höheres zu leisten, als es dem Stande eines Bedienten gemäß war, wählte er nun, vom 10. Lebensjahre an, nachdem ihm auf seine schmerzlichen Bitten: „Studieren nicht ich, lernen, lernen!“ von den Eltern der Besuch der Gymnasien erlaubt worden war, jenen erbebrümmten, rüchellosen Rampe und Tafein führen, dessen die ältere Hof zusammen mit der zunehmenden Entfremdung gegenüber den Eltern den anwachsenen Stunden zu dem trotzigen, hervorn, als zu bestreidenden Charakter machte, der nicht imstande war, den Freuden des Tafelens je sich ganz hinzugeben und über Schönheit voll auszulassen. Vom trübseligen Morgen bis in die höchsten Nachstunden arbeitete er mit nie ermüdendem Eifer und verschaffte sich neben den Stunden, die er zum Gelderwerb erzielte, schon als Schüler die Kenntnis der gesamten bedeutendsten deutschen Literatur wie der großen ausländischen Dichter. Die Hölle seines Wissens erweiterte er unendlich, als er nach glänzend bestandenen Examen die Universität bezog. Theologie bei Schleiermacher und Keimeler, philosophische Kollegien bei Boehl, Vachmann und von der Hagen, und vor allem Dingen Philosophie bei Hegel hörte er; aber ihm zugänglichsten Wissensgebiete wählte er sich zu erobern, und immer lebhafter wurde in ihm der Drang, öffentlich zu wirken, sei es als Prediger, als Schriftsteller, als Erzieher oder als Staatsmann. Wichtig wurde auf ihn die Kunde von der Berliner Jultrecoation ein, zumal da diese gerade an dem Tage in Berlin bekannt wurde, als Gutzkow für seine akademische Peinlichkeit als Sieger unter fünf Bewerber den Preis in Gehalt einer goldenen Medaille aus der Hand Hegels überreicht bekam. Er, der stets ein altriges Journalisten gewesen war, studierte von Stund an in erster Reihe die politischen (Jritungen); dazu beschäftigte er sich gründlich mit Geschichte und Politik, und die Kritik der literarischen und politischen Zustände Deutschlands, wie sie besonders von Börne und Wolfgang Menzel gelebt wurde, machte er zu seiner eigenen Anbahnung. In seit Mitte Jo-

Politische Uebersicht.

Manheim, 16. März 1911.

Der Antimodernisteneid und die Volksschule.

Unter dem Gesichtspunkt der Interessen der Volksschule beleuchtet in sehr interessanter Weise die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins die jüngsten Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses über den Modernisteneid:

Die preussische Staatsregierung hat bei der Debatte über den Antimodernisteneid im preussischen Abgeordnetenhause erklärt, daß in Zukunft den aus dem geistlichen Stande hervorgegangenen Lehrern an den höheren Schulen der Unterricht im Deutschen und in der Geschichte nicht mehr übertragen werden soll, und auf den Protest des Zentrums gegen diese Maßregel erklärte der Kultusminister ausdrücklich, die Staatsregierung müsse sich solange Zurückhaltung in der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienste auferlegen, als sie nicht die Gewißheit habe, daß, ebenso wie von ihrer Seite, so auch von Seiten der Kirche das zwischen beiden liegende Grenzgebiet mit derjenigen Vorsicht und Zurückhaltung betreten werde, die zur Wahrung des konfessionellen Friedens unerlässlich sind. Leider war weder aus dieser Entgegnung, noch aus der Rede des Herrn Ministerpräsidenten zu erkennen, ob die Staatsregierung auch die Frage: Darf ein Geistlicher, der sich jenem Eide unterworfen hat, die staatliche Schulaufsicht ausüben? nach jenem Grundsatz beantworten will. Und doch wäre hier eine entschiedene und klare Stellung ebenso nötig wie bei den höheren Schulen. Denn die Volksschulen allein sind streng konfessionell getrennt, und ihnen ist damit schon der kirchliche Stempel aufgedrückt. Wenn man an diesen Stellen geneigt ist, in den letzten Maßnahmen der katholischen Hierarchie den Anfang zu einem neuen Kulturkampf zu erblicken, so soll man sich daran erinnern, daß Windthorst einst sagte: „Der Kulturkampf ist beendet, aber der Kulturkampf um die Schule steht uns noch bevor.“ Nach allen Erfahrungen der Geschichte wöhnt sich dieser Kampf vornehmlich die Volksschule zu seinem Mittelpunkt. Darum ist es doppelt bedauerlich, daß man sie in jener Debatte anscheinend völlig vergessen hat. Gilt nicht auch von der Volksschule die Behauptung des nationalliberalen Redners: „Es handelt sich hier im letzten Grunde um die Frage, ob der Staat in seiner ureigensten Domäne, in der Schule, noch Herr im Hause bleiben soll? Was dieser Redner von dem Lehrer an der höheren Schule behauptete, gilt nicht minder vom Volksschullehrer: „Mit gebundener Marschroute ist nicht zu unterrichten, und mit getrimmtem Rückgrat kann man nicht aufrecht stehen. Wenn die Schule in dem Lehrer nicht den ganzen Mann hat, dann wird sie ihr Ziel nie erreichen können, und das wird um so schwerer, je mehr die Konfessionalität überhand nimmt und diese Gefahr durch den Modernisteneid nun noch immer näher gerückt wird.“ Wenn man solche Grundsätze nur für die höheren Schulen proklamiert, dann gibt man dem sozialdemokratischen Redner recht mit seiner Behauptung: „Man will nur die Unversität und die höheren Schulen von dem Odium der sakrosankten Geistesfesselung befreien, aber die Volksschule soll nach wie vor der Kirche ausgeliefert bleiben.“

Eine nationalliberale Stimme über die Stichwahl in Siegen.

— Karlsruhe, 16. März. (Priv.-Tel.) Die Stichwahlparole der Siegener Nationalliberalen für den Antisemiten Berner wird in der nationalliberalen Partei Wabens aufs lebhafteste mißbilligt. Die „Vob. Landesztg.“ gibt dieser Mißbilligung folgenden Ausdruck:

Bei den verfahrenen Verhältnissen in der nationalliberalen Partei Hessens kann am Ende dieses unsicheren Hin- und Herbretens und die schließlich unglückliche Entscheidung in der Frage der Stichwahlparole niemand wundern. Die Nationalliberalen in Siegen-Ribba haben sich schon bei der Aufstellung ihres Kandidaten wie bei der Wahllogitation so ungeschickt wie nur möglich benommen. Gewiß wird man es in nationalliberalen Kreisen im Reich durchaus verstehen, wenn die Parteileitung in Siegen-Ribba sich bemüht, bei der Entscheidung über die Stichwahlparole den in ihrem Bezirk besonders gelagerten politischen Verhältnissen einigermaßen Rechnung zu tragen. Dem wäre aber mit der vorher ins Auge gefaßten Stimmenfreigabe vollumfänglich Genüge geschehen. Das Eintreten für den Kandidaten der abgemäßigtesten antisemitischen Partei, der die Nationalliberalen in dem-

agogischer Weise bekämpft und gräßlich beschimpft hat, wird man vor allem in der breiten Masse der nat.-lib. Wähler nicht verstehen.

Die nationalliberale Abrechnung mit der Wormser Ede.

(Eigener Bericht.)

Manz, 16. März.

Im dichtbesetzten Saal der Liedertafel fand gestern abend die Parteiverammlung statt, zu der Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann als Redner gewonnen war. Gegen 9 Uhr eröffnete Rechtsanwalt Dr. Vagenstecher die Versammlung mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Darauf hielt Dr. Stresemann

eine Rede, die die angeländigte Abrechnung mit der Wormser Ede brachte. Er führte aus:

Trotz des schönen Ausganges des Kasseler Parteitages bestehen allerhand Divergenzen in der Partei, die besonders in Hessen hervortreten. Meinem Auftreten hier in Mainz ist so eine kleine Dulerie vorangegangen. Es ist in der „Frl. Ztg.“ gesagt worden, ich hätte in Siegen mich dahin ausgesprochen, daß ich in Mainz mit der Wormser Ede Abrechnung halten werde. Ich habe diese Worte nicht gebraucht, habe vielmehr auf eine von fortschrittlicher Seite an mich gerichtete Anfrage über die

Stellung der Parteileitung zu den Wormser Treibereien gesagt, daß die Nationalliberale Parteileitung demnächst Gelegenheit nehmen werde, sich über ihre Stellung gegen diese fortgesetzten Angriffe klar und deutlich auszusprechen. Die „Wormser Ztg.“ hat mir dann gedroht und mich ermahnt, die Erlaubnis der hessischen Parteileitung einzuholen. Es bezweifle ich, daß die Wormser Zeitung, die fast jeden Tag die Parteileitung und die Führer der Partei in geschäftlicher Weise angreift, uns den Mund verbieten will, wenn die Parteileitung sich gegen diese Angriffe rechtfertigen will. Die Parteileitung muß diesen Versuch ganz entschieden zurückweisen. Was ich nun über unsere Stellung zur sogenannten Wormser Ede zu sagen habe, sage ich nicht als einzelner, sondern ich spreche

im Namen des gesamten geschäftsführenden Ausschusses der Partei

der einstimmig sich dahin ausgesprochen hat, daß ein Eingehen der Parteileitung auf die Wormser Angriffe notwendig sei und man nicht gesonnen ist, sich fortgesetzt angreifen zu lassen, ohne darauf zu erwidern.

Darauf griff der Redner zur Einleitung seiner Ausführungen über die Aufgaben und Ziele der Partei auf die Geschichte des Blocks zurück, kam auf die Reichsfinanzreform zu sprechen und besprach eingehend die Haltung der Nationalliberalen Partei dabei, die zu dem Austritt des Freiherrn von Heyl aus der Reichstagsfraktion führte und die jetzt immer von Worms aus der Partei zum Vorwurf gemacht wird. Es ist einfach selbstverständliche Pflicht der Partei gewesen, unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer einzutreten und für diese Abwägung den Fraktionszwang eintreten zu lassen, weil es sich um eine rein politische Frage handelte, nämlich darum, wie in Zukunft in Deutschland regiert werden sollte.

Man behauptet heute so oft, der alte Nationalliberalismus sei verschwunden; die allein echte nationalliberale Gesinnung ist aber wie es scheint, doch noch nicht ganz verloren gegangen; sie ruht in Worms, und dort erscheint von Zeit zu Zeit der Doktor Diederich Hahn als Hüter dieses Horis, derselbe Diederich Hahn, der gesagt hat, er werde nicht ruhen, bis der letzte Nationalliberale aus der Provinz Hannover verschwunden sei, der überall die Nationalliberale Partei aufs schärfste bekämpft, wie jetzt wieder in Siegen. Und wenn der Vorsitzende eines nationalliberalen Vereins diesem selben Doktor Hahn in einer Versammlung Dank aussprechen und ein Hoch auf ihn ausbringen kann, so begreife ich nicht, wie man das noch mit nationalliberaler Gesinnung, mit der Selbstachtung der Nationalliberalen Partei in Einklang bringen kann. Der Freiherr von Heyl, von dem alle diese Treibereien ausgehen, hat übrigens schon vor Jahren zweimal seinen Austritt aus der nationalliberalen Fraktion angeboten bzw. erklärt. Unstimmigkeiten waren also schon länger vorhanden, und sind nicht herbeigerufen worden durch die sogenannte Links-

schwankung der Partei. Diese angebliche Linksabweichung ist vielmehr eine Rechtsabweichung der fortschrittlichen Volkspartei. Wir haben uns nicht geändert; man kann doch nicht von uns verlangen, daß wir uns nach rechts wenden, nur um den „Bericht“ abzuwenden, als seien wir in manchen Dingen gleicher Meinung mit der fortschrittlichen Volkspartei. In dieser Zeit des Zusammenhaltens aller reaktionären Kräfte, in der Zeit besonders des Modernisteneides, in der sich der Konfessionsmusang an das Zentrum anschließt, in der sich Deutschland gegen das anmaßende Papsttum als das schwächste aller Länder zeigt und durch die Gefandtschaft beim Vatikan noch die Fiktion aufrecht erhält, als sei der Papst nicht nur das Oberhaupt der katholischen Kirche, sondern auch ein weltlicher Herrscher, in dieser Zeit großer Kulturfragen haben

alle Liberalen die Pflicht, zusammenzutreten. Wir bilden mit Optimismus in die Zukunft; wir hoffen, daß die nationalliberale Fraktion sicherlich verstärkt in den neuen Reichstag einziehen und einen großen Einfluß auf die Geschichte unseres Vaterlandes erreichen wird. Daran arbeiten wir, und dabei helfen Sie uns in Hessen.

Nachdem der außerordentlich lange und harte Beifall, den die Rede bei der sehr stark besuchten Versammlung gefunden hatte, sich gelegt hatte, und zu der Erörterung sich niemand gemeldet hatte, ergriff

Rechtsanwalt Dr. Vagenstecher das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist um unsere hessische Landespartei ein armelig und jämmerlich Ding. Wir haben es ja in Hessen stets meisterhaft verstanden, uns zwischen zwei Stühle zu setzen. Wir Mainzer besonders haben stets im Interesse der Einigkeit uns gefügt, bis zu dem Augenblick, in dem man von Worms aus zum Angriff überging. Das durften wir nicht dulden, und gegen diese ewige Opposition des Freiherrn v. Heyl und seiner Anhänger müssen wir endlich entschieden auftreten, selbst auf die Gefahr hin, daß darüber unsere hessische Landespartei zu Grunde geht, an der ohnehin nicht mehr viel zu verderben ist. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Mit dem Bund der Landwirte, dessen Politik alle anderen Berufsstände vor den Kopf stoßen, können wir nicht zusammenarbeiten und seine Demagogie können wir nicht dulden. Diese Demagogie und diese Politik unterstützt und fördert die Wormser Partei und mit ihr muß gedrohen werden. Wir sind nationalliberal und wollen es bleiben.

Mit einem Hoch auf die Nationalliberale Partei ging die Versammlung auseinander.

Aus Stadt und Land.

Manheim, 16. März 1911.

Zu den städtischen Budgetverhandlungen.

I.

Kommenden Montag beginnen im Bürgerausschuß die Beratungen über das städtische Budget für das Jahr 1911. Voraussichtlich werden sie mehrere Tage in Anspruch nehmen. Man hofft jedoch, daß sie von kürzerer Dauer sein werden als die Budgetverhandlungen im vergangenen und vorvergangenen Jahre. Diese Hoffnung gründet sich auf die Tatsache, daß das Budget größtenteils aufgestellt ist und zu nennenswerten Beanstandungen keinen Anlaß gibt. Sie gründet sich aber noch mehr auf die Überzeugung, daß unsere Stadt hervorragend gut geleitet wird und man den an ihrer Spitze stehenden Persönlichkeiten, in erster Linie unserem Oberbürgermeister, das volle Vertrauen entgegenbringt. Man hat intuitiv das Gefühl, daß die Geschicke unseres emporschlüßelnden Gemeinwesens sich in den besten Händen befindet, daß an der Spitze unserer Stadtverwaltung ein Mann steht, der die Eigenschaften zur Führung einer mehr und mehr zur Großstadt heranwachsenden Gemeinde in hohem Maße besitzt. Auf all den vielseitigen Gebieten unserer weiterentwickelten Stadtverwaltung verspürt man den Einfluß einer tatkräftigen weisheitsreichen modernen Persönlichkeit. Überall ist Fortschritt, Entwidlung zu konstatieren, nirgends Stillstand, nirgends Rückgang. Durch die Stadtverwaltung weht der gleiche frische Geist, der das ganze

maat 1861 gab er eine eigene Zeitschrift, das „Forum der Journalisten“, heraus, in deren erstem Heft er sich öffentlich als Gehilfen des süddeutschen Kampfers für Freiheit und Größe der Nation bekannte. Aber schon im September desselben Jahres wurde das Blatt wegen seiner politischen Stellungnahme von der preussischen Zensur verboten, und nun folgte Gustav eine Einladung Wenzels nach Stuttgart, um als Mitarbeiter und Redakteur des „Neuen Süddeutschen“ und anderer Zeitschriften dort tätig zu sein. Gustav, der schmächtige, empfindliche, kaum zwanzigjährige junge Mann, kam vorläufig mit dem robusten, einseitigen Literaturkritiker gut aus, machte zahlreiche Bekanntschaften mit Politikern, Journalisten und Dichtern wie Schuch, Kerner, Voss, knüpfte Beziehungen zu großen Verlegern wie Gotta und Hoffmann und kam an und trat vor allen Dingen als vielseitiger Schriftsteller hervor. Als er 1883 Stuttgart verließ, nahmen Hoffmann und Campe sein Erbkind, die „Briefe eines Karren auf eine Karren“, eine unter dem Einfluß der toben erschienenen „Briefe aus Paris“ verfaßte Satire auf die politischen Zustände der Zeit, in Berlin. Von Berlin aus erwarb er sich im folgenden Sommer die akademische Doktorwürde, war aber dabei lediglich durch die Unmöglichkeit darüber, welchen Beruf er nun einschlagen sollte. Denn wie hart auch der Zug zur freien Schriftstellerei in ihm war, ihm unbedenklich zu folgen, daran hinderte ihn seine viele Viede zu einem schönen und edlen Mädchen, Natalie Scheibemantel, deren strenge Mutter von ihrem künftigen Schwager, dem höheren Ratsherrn einer bürgerlichen Lebensstellung verlangte. So ging er denn nach im Herbst 1883 nach Heidelberg, um dort juristische Studien zu treiben, und diese beabsichtigte er im folgenden Sommer in München fortzusetzen. Dort aber trafen sich seine Vorurteile zu dem endgültigen Entschluß, künftig allein der Schriftstellerei und der Journalistik zu leben. Von Berlin wie von Heidelberg aus schrieb Gustav regelmäßig Aufsätze und Rezensionen für die süddeutschen Blätter, zu denen er in Bestehung stand, und in derselben Zeit veröffentlichte nicht bloß Wenzel, sondern auch der junge Heinrich Vande, der kurz darauf die Redaktion einer eigenen Zeitschrift, der „Zeitung für die elegante Welt“ übernahm, eine rühmende Kritik der „Briefe eines Karren“. In München veränderte Gustav seinen ersten großen Roman, und den letzten Kontakt zu seinem Entschluß gab ihm der persönliche Verkehr mit Heinrich Vande, dessen jugendlich-

unbekümmerte Übermutigkeit auf einer gemeinsamen Reise durch Tirol, Oberitalien und Dalmatien den pedantisch-ernsthaften, in seinem Wissenschaft mit jeder neuen Entdeckung sich langsam und gründlich ausbildenden Gustav zunächst vor dem Kopf hielt, bald aber ihn anheulend und durch ihre Freilich und Naturlichkeit auch sein Selbstgefühl und Kraftbewußtsein hob. Im Frühling des folgenden Jahres führte ein offentliches Ereignis den ständigen Abbruch der Beziehung zu Natalie herbei. Ein Nachruf auf den am 12. Februar 1884 gestorbenen Schillermeister, der im Gegensatz zu den orthodoxen Kritikern den großen Prediger als einen modernen, freigeistigen und liberalen Theologen, den nur die Schwärze des Alters schließend zur braunen Anerkennung der herrschenden, traditionsstrengen Heiligenschein geblieben habe, feierte, machte in Berlin das größte Aufsehen, und als Gustav seiner Braut und seiner Schwiegermutter nicht verschonte, daß der Aufsatz von ihm herrliche, wundert sie sich voll Empörung von dem „Votivheft“ ab. Eine schwere Krankheit war die Folge der heftigen Erschütterung, die mit dieser Trennung zusammenhing. Das Bewußtsein gleichzeitige Zerwürfnis mit Wolfgang Wenzel, gegen den freilich Vande ihn längst auffällig gemacht hatte, vernichtete vorläufig den letzten Halt, den Gustav hatte; und er kam erst wieder zu Gesundheit und Ruhe, nachdem ihn ein Münchener Freund, Karl Wenzel, nach Hamburg in eine andere Umgebung und anderer Verkehr gebracht hatte. Aber das nächste Jahr führte noch schlimmere, folgenschwerere Katastrophen heran. Ein Roman Gustavs, betitelt „Wald der Juceliterin“, der in die durch Stronch „Leben Jesu“ lebhaft entzündeten religiösen Streitigkeiten eingriff und zugleich die Erinnerung an Schillermeister frische Briefe über Siegel „Nacide“ durch die Verkündigung einer „Gonialität der Liebe“ werden sollte, rief einen Sturm der Entrüstung in den privaten, literarischen und offiziellen Kreisen ganz Deutschlands hervor. Auch Wolfgang Wenzel trat nun öffentlich über Gustav her, und auf seine demagogischen Artikel hin wurden überall nicht bloß Gustavs Briefen, sondern alle Werke seiner Freunde und Bekannntwerden die man zum ersten Male öffentlich unter dem Namen des „Jungen Deutschlands“ zusammenfachte, also neben seinen die Werke Adolf Wienbargs, Heinrich Vandes, Theodor Mundts und Heinrich Deines — Börsen hatte man übersehen — verbrannt oder konfiszieren. Ja, schließlich wurde Gustav selbst wegen seines Romanes vom Stadl-

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Vortrag von Prof. Drews, der am Mittwoch, den 29. März, im Kaiserliche Hoftheater, gibt einem gelegentlichen Mitarbeiter in folgender Betrachtung Anlaß. Als Prof. Drews im vergangenen Jahre in verschiedenen Städten des Reichs über die Christus-Mythe Vorträge hielt, konnte man da und dort den Wunsch hören, daß er auch in unserer Stadt sprechen möchte. Schließlich hatte man es doch mit einem deutschen Hochschullehrer zu tun, der in wissenschaftlichen Kreisen als einer der wichtigsten philosophischen Köpfe galt und zur Zeit Vorgehen wenigstens Gründe haben mußte, die in der Sache selbst lagen. Wenn es auch nicht geworden war, sei den vierziger Jahren mit der gesamten mythologischen Forschung, so lag es doch nicht so sehr vom Wege ab, alle Gedankenfänge wieder aufzunehmen und mit neuen Gründen und Mitteln zu beleuchten. Zweifellos hätte die ganze Frage nicht so enorme Aussehen genommen und so große praktische Bedeutung erlangt, wenn nicht jenes Berliner Religionsgespräch gemissermaßen die Augen der ganzen Welt auf sich gerichtet hätte. Denjenigen, die Drews nicht allein aus seinem Buch über die „Christus-Mythe“, sondern auch aus seinen religions-philosophischen Werken kennen, war von vornherein klar, daß seine Auffassung von der Christlichkeit nicht bloß Selbstbescheid hatte, sondern ein Stück in der Reihe seiner Gesamtanschauung bedeutete. Deshalb wäre es auch nicht, Drews lediglich als den Verfechter der Christusmythe und — a Geist der Religion zu verorten, da gerade er so stark ausgeprochen

dem Antrag auf Abänderung des Ortskirchensteuergesetzes sommerspätig gegenüber, soweit er bezweckt, für Errichtung (Neubau), Erhaltung und Bedienung von rein evangelischen Kleinkinderschulen und Krankenstationen Kirchensteuer mittel flüssig zu machen, und sind bereit, einen bezüglichen Beschluß der Kirchengemeindeversammlung dem Evang. Oberkirchenrat vorzulegen.

Die Kirchengemeindeversammlung erklärt sich damit einverstanden.

Der zweite Antrag lautet: Die K.G.V. wolle dem K.G.R. beauftragen, den Oberkirchenrat zu ersuchen, der nächsten außerordentlichen oder ordentlichen Generalsynode einen Antrag auf Aenderung der Verfassung in folgender Richtung vorzulegen: a) Jede Pfarrei hat das Recht, bei Freiwerden einer Pfarrstelle selbständig einen Pfarrer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu wählen. b) Jeder Pfarrer ist wählbar, der sich auf den Boden niedersetzt, das Landeskirchliche stellt. c) Die Wahl der Kirchengemeindeversammlung erfolgt nach dem Proportional-Wahlrecht.

Stadtpfarrer Weichheimer begründet folgende Entschlieung des Kirchengemeinderats: „Für die unter dieser Ziffer enthaltenen Anträge sind Kirchengemeinderat und Kirchengemeindeversammlung nicht die berufenen Organe, da diese Anträge der Gegenstand einer noch nicht genügend geführten Debatte der theologischen und kirchenpolitischen Kreise des evangelischen Deutschlands bilden und zunächst durch kirchenpolitische Landesverbände der Generalsynode vorzulegen wären.“ Der Kirchengemeinderat ist der Ansicht gewesen, daß weder er noch die Kirchengemeindeversammlung diejenige Stelle ist, die in einer so ungelösten Frage an die gesetzgebenden Instanzen herantreten kann. Der Kirchengemeinderat möchte deshalb vorschlagen, daß zunächst einmal die Frage von den kirchenpolitischen Organisationen, die das gesamte kirchliche Leben umfassen, in Arbeit genommen und zum Gegenstand von Anträgen gemacht wird.

K.G.V. v. D. a. d. e. fragt, ob in der Beantwortung dieses Antrages auch die Beantwortung des Antrages seiner Freunde auf Einführung des kirchlichen Wahlrechts der Frau liege. Bei Ziffer 2a dürfte man eine Stellungnahme erwarten. Man sei der Ansicht, daß man durch den Antrag unter Ziffer a die ganze Frage einmal in Klug bringe. Wenn man immer warten wolle, bis andere sich schließt gemacht haben, geschähe in der Sache nichts. Delax Simon konstatiert, daß dem Kirchengemeinderat nichts von der Beantwortung des Frauenwahlrechts bekannt ist. Stadtpfarrer von Schoepfler spricht sich in längeren Darlegungen aus kirchenrechtlichen Gründen gegen die Anträge aus. Die Entschlieung des Kirchengemeinderats sei das beste Mittel, um aus dieser Sache herauszukommen. K.G.V. Maupp meint, die Stellungnahme des Vorredners sei nicht warm und nicht kalt. Der Ansicht sei man nicht, daß nach diesem Antrage die einzelnen Kirchengemeinden in den großen Städten zu selbständig werden. Die Entschlieung wird hierauf gutgeheißen.

Antrag 3 hat folgenden Wortlaut: „Die K.G.V. wolle beschließen, daß die baldmöglichste Vermehrung der Kleinkinderschulen und die bessere Ausgestaltung der vorhandenen in Angriff genommen werde.“ Stadtpfarrer Weichheimer stellt fest, daß die Kleinkinderschulen nicht der Verwaltung der Kirchengemeindeversammlung unterstehen. Man würde höchstens eine Rede zum Heil der Kleinkinder an die Korporation der Kleinkinderschulen. Die Hoffnungen auf eine baldige Aenderung des Ortskirchensteuergesetzes seien nicht allzu rosig. Es bedürfte dazu einer Entschlieung des Landtags. K.G.V. Rau p. meint, es wäre ihm lieber gewesen, wenn der Kirchengemeinderat den Antrag seiner Freunde zur Genehmigung unterbreitet hätte. Schon durch das Beharrnis sei der Beweis erbracht, daß in Mannheim die Kleinkinderschulen und Krankenstationen vermehrt werden müßten. Es müsse einmal entschieden werden, ob die Kirchengemeinde über die Landeskirche ihre Aufgabe in dieser Richtung erfüllen wolle oder nicht. Da bezügl. dieses Antrages keine Entschlieung der Kirchengemeindeversammlung vorliegt, weil die Erledigung dieses Antrages und des nächstfolgenden von der Erledigung des Antrages 1 abhängig ist, da verfügbare Fondsmittel nicht vorhanden sind, wird der nächste Antrag besprochen.

Antrag 4 lautet: „Die K.G.V. wolle beschließen, daß die ganze Stadt mit einem Netz von Krankenstationen überzogen werde, deren Schwestern den Kranken mit Rat und Tat an die Hand gehen. Die Gemeinde soll ferner einen Hausbesucherverein gründen, durch den Gemeindeglieder Hilfskräfte zur Durchführung einer geordneten Haushaltung ohne oder gegen Vergütung erhalten können.“

Stadtpfarrer Weichheimer stellt fest, daß unsere Stadt bereits von einem Netz von Krankenstationen überzogen ist. Die Diakonissen leisten auf den Stationen das menschenmöglichste. Die Stationen sind in einer ganz hervorragenden und leistungsfähigen Weise organisiert. Eine reiche Vermehrung der Pflegerkräfte ist sehr erwünscht im Interesse der Kranken und der Bedürftigen. Wenn Mittel vorhanden wären, wäre es der erste, der die Erweiterung der Krankenstationen aus Gemeindegeldern vorzuschlagen würde. Es werde gut sein, auf die bereits bestehenden Organisationen für Hausbesuche einzuwirken, um der Sache weitere Entwicklung zu geben.

Antrag 5 lautet: „Die unterzeichneten Mitglieder der Kirchengemeindeversammlung beantragen, daß bei der Bestellung von Almosensplegern jeweils nur solche Personen für den Bezirk einer Kirche gewählt werden möchten, die selbst in diesem Bezirke wohnen, jedoch es alles vermeiden werde, daß ein Almosenspleger des Bezirks der Lutherkirche in demjenigen der Trinitatiskirche wohnt usw.“ (Folgen 8 Unterschriften.) Die Antwort der Kirchengemeindeversammlung wird ohne Debatte entgegengenommen. Sie lautet: „Die Wahl der Almosenspleger wird durch die Kirchengemeindeversammlung vollzogen. Der Antrag kann deshalb lediglich als Wunsch, den wir unterstützen, den einzelnen Bezirksplegern und ihren Organisationen zur Berücksichtigung bei Auffstellung ihrer Wahlvorschlüge übermittelt werden. Diesem Wunsch wäre bereits bei der bevorstehenden Neuwahl tunsichst Rechnung zu tragen.“

Damit sind die Anträge erledigt.

Erfolgswahl.
Für den mit Tod abgegangenen Betriebsassistenten Jakob Herber und für den in den Kirchengemeinderat gewählten Herrn Johannes Biegler sen. werden Ersatzmänner in die Kirchengemeindeversammlung mit Amtsbauer bis zur nächsten Erneuerungswahl die Herren Architekten Koppmann und Thomas Walsch gewählt.

Damit schließt um 1/2 Uhr die Versammlung.

Die kleinen Schlanberger. Vergangene Woche wurde in Bensenheim ein Karussell aufgeschlagen und mit Interesse verfolgte die Jugend die Arbeit — ist doch das Karussellfahren eines der größten Vergnügen der Kleinen; doch um dieses teilhaftig werden zu können, bedürfen auch Wenigste dazu. Zwei kleine Mädchen, im Alter von 5-6 Jahren, mußten sich Rat — oder vielmehr wurde es ihnen auch von einem erfahrenen Erwoachsenen erteilt — sie gingen „Pfeifenanzüge“. Im neuen Orchester mußten sie einige Strohen durch und legten das Kleben einer bekannten Persönlichkeit mit dem Namen an: „Der G. S. H. alshorn, se seht we a n Bensen“

genom.“ Da die Kleinen keine Miere dabei vertragen, wurde ihnen geglaubt und sie erließen ihren Wunsch. Der Zeitgenosse war nicht wenig erhaunt, als er von der Geschichte hörte, nahm sie aber nicht abel auf und lachte mit den übrigen über die kleinen Riffelstier.

Eintrag einer Schwane. In Redara u. Würze gefiern Mittag halb 1 Uhr die Schwane der Witwe Barbara Weidner in sich zusammen. Auf dem anstehenden Grundstüd des Geflügelhändlers Wehe werden 2 St. Grabarbeiten vorgenommen. Als ein Wind st es zu betragen, daß der Aufsammentanz um die Mittagspause erfolgte, während der die Arbeiter die Unfallstelle verlassen hatten.

Die Hofstunde. In der letzten Zeit den Stadtdirektor Karsten wacher machten, wurden endlich gelöst. Mehrere Beschlüssen konnten die Langohren wieder zurückgeführt werden, da sie sich noch im Besitze der Langfinger befinden, während die Langfinger hinter die schwebeligen Gardinen wandern mußten.

Die Familientragdie auf dem Judenhof hält sich immer mehr in Bezug auf die Motive der erstickenden Tat. Der Brief, den Feldt an eine gewisse Zeitung gerichtet hat, war an die „Volksstimme“ adressiert. In diesem Brief sind die Motive dargelegt. Vor allem geht aus dem Schreiben unzweifelhaft hervor, daß Feldt durch die Krankheit seiner Frau gefügig erschüttert war. Er glaubte an die Unheilbarkeit seiner Gattin. Die Frau wurde vor einigen Jahren von einem Nervenleiden befallen. Das Verden verschlimmerte sich, als Frau Geidt vor zwei Jahren der letzten Niederkunft entgegen sah. Alle ärztliche Hilfe war nutzlos. Frau Geidt suchte zunächst Heilung bei Verwandten in Frankreich und mißte schließlich, wie bereits mitgeteilt, am Sonntag in das Sanatorium Alsbach bei Zwingenberg gebracht werden. Auch Geidts Gesundheitszustand war nicht der beste. Er war lungenkrank. Im Winter 1900/10 hielt er sich in Dover auf, wo er teilweise Heilung fand. Die „Volksstimme“ unterläßt die Veröffentlichung des Verhältnisses in keinem Wortlaut, weil, so sagt das Blatt, die Veröffentlichung zweifelsohne eine Verherrlichung nach sich ziehen müßte, die wir im Interesse eines pietätvollen Andenkens der Toten nicht herausbeschwören möchten. — Die Feuerbestattung der drei Toten findet, wie aus der Todesanzeige in dieser Nummer hervorgeht, in aller Stille statt.

Von Tag zu Tag.

— Vom Jugeerfahrt. Spandau, 16. März. Auf dem Personendepot Spandau-West, wofelst Arbeiter mit dem Verladen beschäftigt waren, wurden zwei Arbeiter vom Juge erfasst und an den Beinen leicht verletzt.

— Aus Versehen. Kopenhagen, 16. März. Während der Schießübungen des deutschen Geschwadern in der Nordsee wurde aus Versehen ein Torpedoboot von einem Geschöß getroffen. Das beschädigte Boot wurde durch den Kreuzer „Blitz“ nach Friedrichshaven geschleppt.

— Der Lebensgang des Hofstrodz. Bukarest, 16. März. Gestern Abend kam es beim Erscheinen einer von ihrem Gatten begleiteten Dame im Hofstrod auf dem Korso zu Tätlichkeiten zwischen Anhängern der individuellen Freiheit und den Gegnern der Reformmode. Die Polizei nahm 14 Verhaftungen vor.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Darmstadt, 16. März. Die zweite Kammer nahm das Schuldentilgungsgesetz mit den Ausschusssanträgen an und lehnte den Antrag Ollan auf Gewährung von Teuerungszulagen für alle Beamte mit einem Gehalt bis zu 2000 M. ab.

* Straßburg, 16. März. Das Schwurgericht des Untereloh hat heute nach dreitägiger Verhandlung den Zuschlager Alfons Hebel aus Weiskeller, angeklagt wegen Mordes, begangen an seiner 20jährigen Schwester am 20. August vorigen Jahres für nicht schuldig erklärt. Die beiden Nebenbeschuldigungen auf Totschlag und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang wurden ebenfalls verneint und der Angeklagte freigesprochen.

* Breslau, 16. März. Bei der gestrigen Urabstimmung der Sabstuelle Breslau des deutschen Holzarbeiter-Verbandes wurde mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, die Arbeit am Montag wieder auszunehmen.

Die Pest in Deutsch-Ostafrika.

* Berlin, 16. März. Aus Deutsch-Ostafrika wird vom Gouverneur telegraphisch gemeldet, daß in Ruansa am Viktoriassee neuerdings die Pest auftritt. Nach den eingegangenen Berichten kamen bisher 4 Todesfälle vor.

Eine Anzeichnung Hagenbeds.

* Hamburg, 16. März. Nach einem Londoner Telegramm überreichte gestern der Herzog von Wexford im Auftrag der Zoological Society of London, Karl Hagenbed in Hamburg eine große silberne Medaille der Gesellschaft in Anerkennung der der Zoologie geleisteten wertvollen Dienste durch Tiereinfuhr und Einführung neuer fortgeschrittener Methoden in der Haltung und Pflege der Tiere in der Gefangenschaft. Es ist dies das erste Mal, daß eine derartige Auszeichnung einem Eigentümer eines Zoologischen Gartens von der genannten Gesellschaft verliehen wird.

Die Revolution in Mexiko.

* Newyork, 16. März. Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko nahm der permanente Ausschuß des Kongresses einstimmig eine Vorlage an, welche vorübergehend die konstitutionellen Garantien für die Dauer von sechs Wochen aufhebt.

Berliner Drahtbericht.

(Aus unserem Berliner Bureau.)

Die Abstimmung über die Kaligelder in der Budgetkommission.

□ Berlin, 16. März. Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte in ihrer heutigen Vormittagssitzung noch einmal über die Verwendung der Kaligelder zu Propagandbezwecken. Der Antrag Brothausen (Konf.), der für diese Verwendung spezielle Vorschriften gibt, wurde in seinen wesentlichen Punkten angenommen unter Ablehnung des von der Linken gestellten Antrages, der den Bund der Landwirte von der Verteilung ausgeschlossen wissen will. Es wurde festgesetzt, daß für die Propaganda 3 Mill. M. auszugeben werden sollen, davon für die Propaganda im Ausland 1900 000 M., für Propaganda im Inland 1100 000 M. Es war die schwierigste Abstimmung, die die Budgetkommission je gehabt hat. Sie hat mehr als eine Stunde in Anspruch genommen.

Cecil Grace, das Opfer eines amerikanischen Duells?

□ Berlin, 16. März. Aus Newyork wird gemeldet: Im Anschluß an die Auffindung einer Leiche im Kanal von Ostende, die man als die des Fliegers Cecil Grace rekonstruiert zu haben glaubte, der im Dezember vorigen Jahres bei der Ueberfliegung des Kanals verunglückte, behauptet eine Newyorker Sports-Zig. neuerlich, daß Grace nicht das Opfer eines Unfalles geworden sei, sondern aufgrund eines amerikanischen Duells den Tod im Kanal gesucht habe. Grace war in zwei junge Amerikaner verwickelt, die ihre Sankt jedoch einem

amerikanischen Marine-Offizier schenkte. Es kam zu einem Duell zwischen diesem Offizier und dem Flieger, wobei ausgemacht wurde, daß der Unterliegende noch vor dem 11. Januar sich selbst das Leben nehmen müsse. Der Offizier hätte sich von Bord seines Schiffes in die See stürzen müssen. Da Grace das schwarze Los zog, flog er mit seinem Aeroplane auf das Meer hinaus und lehrte nicht wieder zurück.

Die Schwelern Blaschel.

□ Berlin, 16. März. Die Note, der Impresario der zusammengewachsenen Zwillingsschwelern Blaschel ist auf eine originale Idee gekommen, um der einen der Zwillingsschwelern den erschnitten Gatten zu verschaffen. Er hat in Saitlate City alle Arrangements getroffen, um die Zwillingsschwelern dort nach mormonischem Ritus zu verheiraten. (Das Zwillingsschwelern Blaschel wech jedenfall die nötige Reflektoren zu machen.)

Eine neue Lehrermahregelung in Bayern.

□ Berlin, 16. März. Aus München wird gemeldet: Eine neue Lehrermahregelung erregt in Bayern wieder das größte Aufsehen. Der Medakteur des Oberbayerischen Schulanzeigers in Landsberg a. Lech hatte einen Artikel Ludwig Thomas aus dem „März“ über die Rückgratfestigkeit der bayerischen Volksschullehrer im Vergleich zu der Regierung gegenüber der Landtagsmehrheit abgedruckt. Dafür erhielt er, obwohl er den Artikel mit vielen Einschränkungen kommentierte und zwei nachträgliche Verwahrungen gegeben hatte, einen scharfen Verweis unter Androhung von Strafe.

Deutscher Reichstag.

□ Berlin, 16. März.

Die Beratung des

Etat des Reichsanis des Innern

wird fortgesetzt. Man befindet sich in der Spezialdiskussion und zwar bei allgemeinen Fonds.

Der Zentrumsdg. Pfeiffer spricht über allerhand Kunstfragen und wünscht eine deutsche Museumsorganisation, die der heutigen Museumspolitik ein Ende mache. Nach Bayern würden heute ganz wertlose Dinge gelahst. Schließlich beläme man noch die Siegesallee. Lebhaft kritisiert der Redner auch die Zentralfestungsbestimmungen des Direktors v. Tschudi, der möglichst viele Kunstgegenstände in das Germanische Museum nach Nürnberg hereindringen möchte.

In einer Resolution fordert der Abg. Graf jährlid 10 000 Mark zur Unterstützung der Nationalfestspiele für die deutsche Jugend in Weimar. Er hofft durch eine rege Teilnahme an den Spielen eine Zurückdrängung der Schund- und Schmutzliteratur.

Die moralischen Bedenken, die gegen die gemeinsamen Fahrten von Schülern und Schülerinnen zu den Festspielen geäußert worden sind, sucht der Abg. Pfeiffer zu zerstreuen.

Der Volksparteiler Dr. Hedscher spricht sich gegen die Bedenken aus. Man solle der Jugend nicht die schöne Zeit der jungen Liebe verderben.

Die Abstimmung über die Resolution Graf wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Ueber die Fortschritte der Aviastik spricht der Abg. Haffermann. Er wünscht, daß das Reichsamt des Innern diese Bestrebungen unterstütze und sich dabei nicht vom Geldstandpunkt leiten lasse. Redner erinnert an die im vorigen Jahre angenommene Resolution auf Errichtung einer Reichsanstalt für Luftschiffahrt und fragt die Regierung, wie es mit der Errichtung dieser Anstalt steht.

Gegen die Errichtung einer solchen Anstalt wendet sich der konservativ Abg. Jehr. v. Richthofen, auch der Sozialist Dr. Desbrüd hält eine solche Anstalt nicht für nötig, erklärt es aber für nötig, daß das Reich alles tue, um zu verhindern, daß Deutschland auf dem Gebiete der Aviastik vom Ausland überflügelt werde.

Vom Abg. Dröschner wird eine Resolution begründet, welche eine Vereinbarung der deutschen Ostseefischerflotten über die deutsche Ostseefischerflotte wünscht.

Diese Resolution unterstützen die Abg. Erzberger, Goerde (Katl.), Dr. Hahn (Konf.), Spethmann (Volksp.) und Megger (Soz.)

Ministerialdirektor v. Zonquierez macht die Durchführung der Resolution von der Zustimmung des preussischen Landwirtschaftsministeriums abhängig.

Die Resolution wird schließlich angenommen.

Die Schiffahrtsabgabenkommission.

□ Berlin, 16. März. Die Schiffahrtsabgabenkommission verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über die Strouban-Verträge und nahm die darauf bezüglichen Bestimmungen mit den dazu vorliegenden Anträgen, die von der Regierung belämpft wurden, mit 10 gegen 10 Stimmen an. Die Minderheit besteht aus einigen Zentrumsdg. abgeordneten und den Konservativen. Es wurde angenommen ein Zentrumsantrag, der die Bahn von Wieden bis zur Mündung in den Rhein mit einbezieht. Ein anderer Zentrumsantrag, daß die Abgabenregulierung nicht bis Basel halt macht, sondern bis Konstanz durchgeführt wird und die Regulierung des Rheins nicht bis Weiskellerburg, sondern bis Bamberg ausgedehnt werde, ein nationalliberal-konservativer Antrag, daß die Regulierung des Rheins halt bis Weiskellerburg, bis Stuttgart und Eßlingen durchgeführt werde, ferner ein sozialdemokratischer und Zentrumsantrag, die verlangen, daß in den Rheinstromverband auch die Abgabenregulierung von der lothringischen Grenze bis Koblenz und der Saar von Weiskeller bis Bonn mit aufgenommen werden und schließlich ein volksparteilicher Antrag, der die Regulierung der Saale bis einschließlich Weiskeller fordert.

Der Fische mit dem großen Dorich auf dem Rücken

ist das Garantiezeichen für die echte **Scotts Emulsion**, und nur diese ist nach dem Scottischen Verfahren herzustellen. Da es aber vielfach minderwertige Nachahmungen gibt, deren Verpackung der echten Scotts Emulsion täuschend ähnlich nachgemacht wird, so achte man beim Einkauf genau auf unsere Fische-Schutzmarke und weiche alle diese Nachahmungen zurück.



Man achte auf dieses Schutz-Beispielchen — den Fische — bevor man Scotts Emulsion kauft.

Volkswirtschaft. Pfälzische Bank.

Der Geschäftsbericht pro 1910 bezeugt den abgelaufenen Geschäftsjahr als nicht unerfreulich, wenn auch die abgelaufenen Erwartungen nicht ganz erfüllt worden sind.

Für das Bankgewerbe brachte der lebhaftere Geschäftsgang in Handel und Industrie in Verbindung mit der Neubehaltung des Weltmarktes eine sehr lebhafte Kapitalbeanspruchung, die eine Steigerung des Reichthums um 4,25 Prozent gegen 3,92 Prozent im Vorjahre bewirkte.

Die Umsätze blieben von 10 453 auf 10 712 Millionen Mark und der Nettogewinn von 1 100 547 M. auf 1 415 988 M. Weiterer soll wie folgt verwendet werden: A 2 750 000 = 5% Dividende

Die Netto-Bilanz stellt sich wie folgt: Aktiva: Kassa, Depositen, Giro-Konto Reichsbank, Reichsbank etc. 5 224 592

n. Mannheimer Produktionsbörse. Am heutigen Markte war eine etwas bessere Kauflust für Weizen zu bemerken; im allgemeinen nahm das Geschäft aber keinen größeren Umfang an.

Dem Ausland werden angeboten die Tonne gegen Kassa, elf Rotterdam: 23 ein in Asien-Palms-Bianca oder Varietas-Raffia 80 Kg. per März-April 112.50-115.00, dito ungarische Szent 81 Kg. per März-April 161.00-161.50, Nebwinter 5 per August 112.00, Hartwinter per September 112.00, Wita 9 per 10-15 per prompt 112.50-115.00

Weste russische 59-60 Kg. per prompt 112.50-115.00, dito 58-59 Kg. per prompt 112.00-115.00, rumänische 59-60 Kg. per März-April 111.00-112.00

Weste russische 46-47 Kg. prompt 112.00-115.00, dito 47-48 Kg. prompt 112.00-115.00, Zinn 46-47 März 101.00-101.50

Wekälische Kreditanstalt, Kommandit-Gesellschaft A.G. In der heutigen Generalversammlung war ein Aktienkapital v. 870000 A. vertreten. Der Vorstand wurde genehmigt, der Verwaltung Entlastung erteilt und die Dividende auf 6 Prozent festgelegt.

Die Hauptversammlung der Berliner Viehkommission und Reichsbank legte die Dividende für die alten Aktien auf 7 Prozent und für die neuen auf 3 1/2 Prozent fest.

Telegraphische Handelsberichte.

Von der Frankfurter Börse.

* Frankfurt a. M., 16. März. Die heutige Bilanz der Deutschen Bank beantragte die Zulassung von 20 Millionen Mark (vros. Wechselobligationen Serie 26 der Preussischen Bodenkredit-Aktien-Bank zur Frankfurter Börse).

* Frankfurt a. M., 16. März. Die die „Akt. St.“ und Köln bet. in auf den 21. März eine Generalversammlung der Gesellschaften einberufen worden, um über die Verlängerung des Geschäftsjahrs zu beschließen.

* Frankfurt a. M., 16. März. Der Geschäftsbericht für 1910 erwähnt als das bedeutendste Ereignis der Gesellschaft im

Verständnisse den Umzug aus den bisherigen Räumlichkeiten in die neuen Arbeitsstätten am Obhafen. Das neue Werk könne als in jeder Hinsicht gelungen betrachtet werden.

4 Prozentige Münchener Stadtschuld von 1911. * München, 16. März. Die Hebernahmegruppe von 20 Mill. dieser Anleihe hat, nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“, die Behände anverkauft.

Ludwig Wessel A. G. für Porzellan- und Steingutfabrikation Bonn.

* Bonn, 16. März. In der Aufsichtsratsitzung vom 15. ds. wurde die Bilanz pro 1910 vorgelegt. Diese ergibt inklusive M. 8987 Vortrag einen Gewinn von M. 227 005 (M. 196 165 im Vorj.). Die Abschreibungen erfordern M. 96 900 (M. 102 263 im Vorj.). Die Spezialreserve erhält M. 18 125 (M. 0 i. V.), das Delcredere-Konto M. 5000 (M. 0 i. V.), der ordentliche Reservefond M. 6055 (M. 4695 i. V.). Die Lantime betragen M. 19 485 (M. 14 644 i. V.). Der auf den 10. April einberufene Generalversammlung wird die Verteilung von 3 Proz. Dividende 2 1/2 Prozent im Vorj.) vorschlagen und M. 2617 (M. 8937 i. V.) werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Oberschlesischer Kohlenverband.

* Breslau, 16. März. In der ersten Hälfte des März betrug der Oberschlesische Kohlenvertrieb 122 776 Waggons oder 18 808 Waggons mehr als im Vorjahre. Der oberchlesische Export betrug im Februar nach Oesterreich 715 213 Tonnen gegen 536 116 Tonnen im Vorjahre, nach Russland 108 841 Tonnen gegen 72 141 Tonnen i. V.

Normaler Geschäftsgang in Siegenländer Eisenstein.

* Siegen, 16. März. Der Verein für den Verkauf von Siegenländer Eisenstein hält am 27. ds. Mts. eine Generalversammlung ab zwecks Neuwahl des Aufsichtsrates und Erhaltung des Reichsrechts. Der Geschäftsgang wird als zur Zeit normal bezeichnet. Der Verkauf für das 2. Semester 1911 soll in etwa Monatsfrist aufgenommen werden.

San von 6 neuen Fischdampfern.

* Gochensünde, 16. März. Die Dampfischerei-Gesellschaft Nordsee in Nordenham beantragt, laut „Akt. St.“, die Schiffswerft von Friedrich in Einwerden mit dem Bau von 6 neuen Fischdampfern.

Neueste Dividende-Ausschüttungen.

* Hannover, 16. März. Die Teutonia-Misburger Portland-Zementwerke in Hannover erzielten nach Abschreibungen von 160 080 M. (156 149 M.) einen Reingewinn von 230 616 Mark (341 672 M.), woraus eine Dividende von 5 Prozent (10 Prozent) verteilt wird.

* London, 16. März. Die merikanische Union of et Oro erklären eine Quartalsdividende von 3/4 Sh. und die Imperial-Continental Gas Association eine Dividende von 4 1/2 Prozent für das Semester.

* Berlin, 16. März. Berliner Lloyd, Reingewinn 19 716 M. (138 617 M.) 8 Prozent (6 Prozent).

Aufhebung der neuen türkische Anleihe. * Brüssel, 16. März. Die neue türkische Anleihe von 1911 wird am 21. ds. Mts. hier bei der Bittale der Deutschen Bank und bei der Bank für Brüssel zu 440 1/2 Proc. angesetzt.

Mit grossem Verlust abgeschlossen.

* Berlin, 16. März. Die A.-G. Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaft schlossen mit einem Verlust von 788 843 Mark ab.

Telegraphische Börsen-Berichte.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt, 16. März. (Fondsbörse.) Die Börse hätte wieder politische Sorgen. Die Auslassungen der russischen Presse über die Beziehungen zwischen Russland und China gaben Anlass zu grosser Beachtung. Die noch immer ungeklärte Situation in Mexiko liess ebenfalls Verstimmung zurück, ebenso die Marokkoangelegenheit. Die Geschäftslust hatte sich gegen gestern eher noch verschärft, wodurch teilweise ein Druck auf das Kursniveau ausgeübt wurde.

Wetter: schön.

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 16. März. (Offizieller Bericht.)

Die heutige Börse zeigte ziemlich feste Haltung. Es notierten: Pfälz. Bank-Aktien 104,50 G., Mannh. Ver.-Aktien 80 G. 80 1/2 B., Oedergrüner Kupferwerk-Aktien 125,25 G., Pfälz. Maschinen- und Holzmaschinen-Aktien 187 G. und Sächsische Drahtschleifen-Aktien 158,50 G. - Bobische Versicherung-Aktien wurden zu 1900 A. pro Stück gehandelt.

Table with columns for Obligationen, Pfandbriefe, Städte-Anleihen, and various bond types with their respective values and interest rates.

Table with columns for Banken, Brief, and various bank-related financial data including interest rates and exchange values.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table listing market prices for various commodities such as wheat, rye, and oil, with columns for item names and prices per 100 kg.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table listing market prices for various commodities, including wheat and rye, with columns for item names and prices.

Amsterdamer Börse.

Table listing market prices for various commodities in Amsterdam, including wheat and rye, with columns for item names and prices.

